

# Inhaltsübersicht

Einführung .....	1
------------------	---

## Allgemeiner Teil Die Gleichheitsrechte im Vergaberecht

<i>Erstes Kapitel:</i> Art. 2 VKR und die Grundfreiheiten .....	13
---	----

§ 1. Art. 2 VKR.....	13
----------------------	----

§ 2. Grundfreiheiten .....	16
----------------------------	----

<i>Zweites Kapitel:</i> Der allgemeine primärrechtliche Gleichheitssatz .....	18
---	----

§ 1. Allgemeiner Gleichheitssatz und Vergaberecht .....	18
---	----

§ 2. Tatbestand: Wesentliche Gleichheit bzw. wesentliche Ungleichheit..	22
---	----

§ 3. Reaktion auf eine Ungleichbehandlung: Rechtfertigung .....	37
---	----

<i>Drittes Kapitel:</i> Reichweite der Gleichheitssätze im Vergaberecht.....	57
--	----

§ 1. Geltung des allgemeinen Gleichheitssatzes im Vergaberecht .....	57
--	----

§ 2. Binnenmarktbezug als Voraussetzung jeglichen Gleichheitsrechts....	74
---	----

<i>Viertes Kapitel:</i> Einheitliche Struktur der Gleichheitssätze im Vergaberecht und ihr Verhältnis untereinander .....	87
--	----

§ 1. Tatbestand und Rechtsfolge.....	87
--------------------------------------	----

§ 2. Konkurrenzen der Gleichheitssätze im Vergaberecht .....	101
--	-----

<i>Fünftes Kapitel:</i> Der Gemeinsame Markt als vergaberechtliches <i>tertium comparationis</i> .....	108
---	-----

§ 1. Wertungsvorgaben aus dem Ziel des Gemeinsamen Marktes.....	109
---	-----

§ 2. Konkretisierung eines Gerechtigkeitsmaßstabs.....	131
--	-----

§ 3. Zusammenfassung des Allgemeinen Teils: Prüfungsstruktur der Gleichheitssätze im Vergaberecht.....	135
---	-----

Besonderer Teil	
Die einzelnen Stationen des staatlichen Einkaufs	
<i>Sechstes Kapitel:</i> Festlegung des Bedarfsgegenstandes .....	141
§ 1. Beschaffungsautonomie .....	141
§ 2. Beschaffungsautonomie und Gleichheitssätze .....	145
<i>Siebtes Kapitel:</i> Gleichbehandlung und Ausschreibung .....	157
§ 1. Allgemeines .....	158
§ 2. Wesentliche Gleichheit der Unternehmen bei einer Vergabe ohne allgemeine Beteiligungsmöglichkeit .....	161
§ 3. Rechtfertigung einer Vergabe ohne allgemeine Beteiligungs- möglichkeit trotz wesentlicher Gleichheit .....	181
<i>Achtes Kapitel:</i> Chancengleichheit .....	198
§ 1. Allgemeines .....	198
§ 2. Einzelne Beeinträchtigungen der Chancengleichheit .....	200
<i>Neuntes Kapitel:</i> Materielle Gleichbehandlung im Vergabeverfahren ....	226
§ 1. Allgemeines .....	226
§ 2. Politisch motivierte Vergabe .....	231
§ 3. Übliche Auftragsvergabe .....	286
§ 4. Sonderproblem: Typisierungen .....	294
§ 5. Sonderproblem: Teilnehmerwettbewerb und beschränkte Ausschreibung .....	304
<i>Zehntes Kapitel:</i> Transparenz .....	312
§ 1. Allgemeines .....	312
§ 2. Transparenz als Publizitätsgebot und als Gebot der Nachprüfbarkeit .....	315
Kurze Zusammenfassung, Schlussbemerkungen und Ausblick .....	341
<b>Literaturverzeichnis.....</b>	<b>345</b>
<b>Sachverzeichnis .....</b>	<b>359</b>

## Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	VII
Inhaltsübersicht .....	IX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXIII

Einführung .....	1
I. Problemaufriss .....	1
1. Prinzipien und Regeln.....	1
2. Gleichbehandlung als umfassendes Prinzip der Auftragsvergabe.....	2
a. Vom Diskriminierungsverbot zur materiellen Rechts- gleichheit.....	2
b. Das Gebot der Transparenz .....	3
c. Vom sekundärrechtlichen zum primärrechtlichen Vergabeverfahren.....	4
3. Schwierigkeiten dieser Entwicklung .....	5
II. Ziel der Untersuchung: Dogmatik der gemeinschaftsrechtlichen Prinzipien.....	7
III. Gegenstand und Gang der Untersuchung.....	9
1. Gegenstand der Untersuchung .....	9
2. Gang der Untersuchung .....	10

### Allgemeiner Teil Die Gleichheitsrechte im Vergaberecht

<i>Erstes Kapitel:</i> Art. 2 VKR und die Grundfreiheiten .....	13
§ 1. Art. 2 VKR.....	13
I. Genese .....	13
II. Anwendungsbereich .....	14
III. Pflicht zur Ungleichbehandlung? .....	14
IV. Gleichbehandlungsgebot und Diskriminierungsverbot .....	15
§ 2. Grundfreiheiten .....	16

I.	Grundfreiheiten als Gleichheitsrechte .....	16
II.	Grundfreiheiten und Vergaberecht .....	17
III.	Pflicht zur Ungleichbehandlung .....	17
 <i>Zweites Kapitel: Der allgemeine primärrechtliche Gleichheitssatz .....</i>		18
§ 1.	Allgemeiner Gleichheitssatz und Vergaberecht .....	18
I.	Aussagekraft und Herleitung .....	18
II.	Anwendung im Vergaberecht .....	20
§ 2.	Tatbestand: Wesentliche Gleichheit bzw. wesentliche Ungleichheit..	22
I.	Rein deskriptive Bildung von Vergleichsgruppen .....	22
II.	Normative Bestimmung der Gleichheit .....	24
1.	Dogmatische Bedenken gegen einen deskriptiven Ansatz.....	24
2.	Theoretische Bedenken gegen einen deskriptiven Ansatz .....	26
3.	Rechtsprechung des EuGH .....	28
a.	Wertung durch den EuGH auf Tatbestandsebene.....	28
b.	Objektives Kriterium als Anknüpfungspunkt.....	31
c.	Zwischenergebnis.....	33
4.	Schlussfolgerungen für den normativen Maßstab.....	33
a.	Gerechtigkeit und Gleichheit .....	33
b.	Spielraum bei der Feststellung – Willkür .....	35
c.	Die Besonderheit im Gemeinschaftsrecht .....	35
d.	Zwischenergebnis.....	36
§ 3.	Reaktion auf eine Ungleichbehandlung: Rechtfertigung .....	37
I.	Ausgangslage .....	37
1.	Möglichkeit einer Rechtfertigung trotz normativer Gleichheit der Sachverhalte? .....	37
2.	Der Konflikt in der Rechtfertigung .....	38
3.	Präzisierung des Konflikts .....	39
4.	Zusammenfassung und weiteres Arbeitsprogramm .....	41
II.	Prinzip der Verhältnismäßigkeit .....	42
1.	Dogmatische Begründung für die Anwendung des Verhältnismäßigkeitsprinzips .....	42
2.	Rechtsprechung des EuGH .....	46
III.	Anwendung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes .....	47
1.	Verhältnismäßigkeitsprüfung als Reaktion auf eine relevante Ungleichbehandlung.....	47
a.	Die vorgeschlagene Konzeption .....	47
b.	Die Rechtsprechung des EuGH .....	49
c.	Zwischenergebnis.....	52
2.	Abweichende Konzeptionen der Verhältnismäßigkeits- prüfung .....	52
a.	Ungleichbehandlung und Maß der Ungleichheit? .....	52

b. Doppelte Prüfung der Rechtfertigung? .....	54
IV. Zusammenfassend: Das Prüfungsschema für den allgemeinen Gleichheitssatz .....	55
 <i>Drittes Kapitel: Reichweite der Gleichheitssätze im Vergaberecht.....</i> 57	
§ 1. Geltung des allgemeinen Gleichheitssatzes im Vergaberecht .....	57
I. Bei Anwendung von Richtlinienrecht.....	58
II. Außerhalb des Richtlinienrechts.....	59
1. Ausgangspunkt: Die Urteile <i>Parking Brixen</i> und <i>ANAV</i> .....	59
2. Dogmatische Begründung.....	61
a. Bindung bei der Einschränkung von Grundfreiheiten .....	61
b. Andere Möglichkeiten zur Begründung einer Anwendung der Gemeinschaftsgrundrechte .....	63
aa. Bindung wegen Entscheidungsbefugnis des EuGH? .....	64
bb. Grundrechtsschutz als Teil der Grundfreiheiten .....	65
(1) Ansatzpunkt der Überlegung.....	65
(2) Nähere Konturierung des Gedankengangs .....	68
(3) Unterschied zur Grundrechtsberücksichtigung auf Ebene der Schranken-Schranken.....	69
(4) Vorzüge dieses Ansatzes.....	71
(5) Civis europaeus sum? .....	72
3. Ergebnis.....	73
§ 2. Binnenmarktbezug als Voraussetzung jeglichen Gleichheitsrechts .....	74
I. Dienstleistungskonzession.....	75
II. Unterschwellenvergabe und II-B Dienstleistungen .....	76
1. Typisierungswirkung des Sekundärrechts? .....	76
2. Binnenmarktbezug als Frage des Einzelfalls .....	78
III. Binnenmarktbezug und Empirie .....	82
IV. Sonderproblem: Inländerdiskriminierung .....	84
V. Ergebnis .....	85
 <i>Viertes Kapitel: Einheitliche Struktur der Gleichheitssätze im Vergaberecht und ihr Verhältnis untereinander .....</i> 87	
§ 1. Tatbestand und Rechtsfolge.....	87
I. Wesentliche Gleichheit als Tatbestand der Gleichheitssätze.....	87
1. Vergleichsmaßstab bei den Grundfreiheiten .....	89
2. Vergleichsmaßstab beim allgemeinen Gleichheitssatz .....	92
3. Vergleichsmaßstab bei Art. 2 VKR .....	94
4. Ergebnis: Ziel des Gemeinsamen Marktes als einheitlicher Vergleichsmaßstab.....	95
II. Verhältnismäßigkeitsprüfung als Rechtsfolge .....	96

1. Verhältnismäßigkeitsprüfung als Reaktion auf relevante Gleich- oder Ungleichbehandlung.....	96
2. Durchführung der Verhältnismäßigkeitsprüfung .....	96
3. Vergaberechtliche Anwendung durch den EuGH .....	98
a. Andeutungen im Urteil Hospital Ingenieure .....	98
b. Deutliche Signale in den Urteilen Wienstrom und Fabricom .....	99
c. Ergebnis .....	100
§ 2. Konkurrenzen der Gleichheitssätze im Vergaberecht .....	101
I. Anwendungsbereich des Sekundärrechts .....	101
1. Schnittmenge .....	101
2. Spezialität .....	102
II. Außerhalb des Anwendungsbereichs des VKR .....	103
1. Schnittmenge .....	103
2. Spezialität .....	103
III. Sonderproblem: Primärrecht und Sekundärrecht .....	105
IV. Sonderproblem: Beihilferecht und Gleichheitssätze .....	105
V. Ergebnis .....	107
<i>Fünftes Kapitel: Der Gemeinsame Markt als vergaberechtliches tertium comparationis .....</i>	108
§ 1. Wertungsvorgaben aus dem Ziel des Gemeinsamen Marktes.....	109
I. Integratives Element .....	109
II. Markt als Gebot unverzerrten Wettbewerbs .....	110
1. Zusammenspiel: Markt und Integration .....	111
2. Beeinträchtigung des Wettbewerbs durch den staatlichen Auftraggeber.....	114
a. Vergabe ohne allgemeine Beteiligungsmöglichkeit .....	115
b. Wettbewerbsverzerrung mangels fairen Wettbewerbs um den Auftrag .....	117
c. Bevorzugung von Bietern .....	117
III. Konsequenzen für den Vergleichsmaßstab .....	118
1. Wesentliche Gleichheit vor Durchführung eines Vergabeverfahrens .....	119
2. Wesentliche Gleichheit als Chancengleichheit.....	119
3. Wettbewerbswidrige Bevorzugung .....	120
a. Der <i>market-economy-investor</i> -Test.....	122
b. Parallelität der Problemlage im Vergaberecht.....	123
c. Unterschiede zwischen vergaberechtlicher und beihilfrechtlicher Problematik .....	124
aa. Fokus auf monetärer Begünstigung .....	125
bb. <i>Market-economy-investor</i> -Test und Wettbewerbsverfälschung ...	125

d. Der market-economy-purchaser-Test.....	127
4. Spürbarkeitserfordernis?.....	128
IV. Zusammenfassung: Ziel des Gemeinsamen Marktes als Wertungsmaßstab .....	130
§ 2. Konkretisierung eines Gerechtigkeitsmaßstabs.....	131
I. Notwendigkeit.....	131
II. Gemeinsamer Markt als Gerechtigkeitsmaßstab .....	131
III. Gemeinsamer Markt als externes Ziel?.....	134
§ 3. Zusammenfassung des Allgemeinen Teils: Prüfungsstruktur der Gleichheitssätze im Vergaberecht.....	135
I. Anwendbarkeit.....	135
II. Tatbestand.....	136
III. Rechtsfolge .....	136

## Besonderer Teil

### Die einzelnen Stationen des staatlichen Einkaufs

<i>Sechstes Kapitel:</i> Festlegung des Bedarfsgegenstandes .....	141
§ 1. Beschaffungsautonomie .....	141
I. Literatur und Kommission.....	141
II. Rechtsprechung des EuGH.....	143
§ 2. Beschaffungsautonomie und Gleichheitssätze .....	145
I. Praktikabilität einer gleichheitsrechtlichen Bindung auf Ebene der Bedarfsdefinition .....	145
II. Die Beschaffungsautonomie in der Dogmatik der Gleichheitssätze .....	147
1. Wettbewerb und Nachfrage im System des EG Vertrags .....	148
a. Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung.....	149
b. Beihilferecht.....	150
c. Ergebnis .....	152
2. Beschaffungsautonomie und Verteilungsgerechtigkeit.....	152
III. Ergebnis .....	155
<i>Siebtes Kapitel:</i> Gleichbehandlung und Ausschreibung.....	157
§ 1. Allgemeines .....	158
I. Inhalt eines Anspruchs auf Teilhabe.....	158
II. Grundlage und Voraussetzungen dieses Anspruchs .....	159
III. Bedeutung des Gleichbehandlungsanspruchs auf Ausschreibung.....	161
§ 2. Wesentliche Gleichheit der Unternehmen bei einer Vergabe ohne allgemeine Beteiligungsmöglichkeit .....	161

I.	Auftragserteilung an ein In-House-Unternehmen .....	161
1.	Grundsätzliche Problematik .....	161
2.	Erklärung über die Unanwendbarkeit der primärrechtlichen Gleichheitssätze? .....	163
3.	Wesentliche Ungleichheit von In-House-Unternehmen und sonstigen Unternehmen.....	165
a.	Keine wesentliche Unterschiedlichkeit wegen Art. 86 Abs. 1 EG? .....	165
b.	Wesentliche Unterschiedlichkeit vor dem Hintergrund des Vergleichsmaßstabs.....	166
aa.	Erstes- <i>Teckal</i> -Kriterium: Kontrolle.....	166
bb.	Zweites <i>Teckal</i> -Kriterium: Tätigkeit im wesentlichen für den Auftraggeber .....	170
cc.	Einwände gegen diese Position .....	172
(1)	Rechtsprechung des EuGH .....	172
(2)	Schärfere Anforderungen im Primär- als im Sekundärrecht? .....	173
(3)	Zwischenergebnis.....	173
dd.	Sonderproblem: Gegenwärtige und zukünftige Öffnung für privates Kapital .....	174
(1)	Die Position des Gerichtshofs .....	174
(2)	Wesentliche Gleichheit bei privater Beteiligung .....	175
(3)	Indirekte Bestätigung für eine strikte Auslegung des zweiten <i>Teckal</i> -Kriteriums .....	176
ee.	Zusammenfassung .....	177
II.	Dienstleistungskonzession, Unterschwellenvergabe und II-B Dienstleistungen .....	177
III.	Verfahrensarten ohne vorherige Bekanntmachung .....	178
1.	Abstellen auf Besonderheiten des Unternehmens.....	178
2.	Abstellen auf die besonderen Umstände der Beschaffung .....	180
IV.	Zusammenfassung .....	180
§ 3.	Rechtfertigung einer Vergabe ohne allgemeine Beteiligungs möglichkeit trotz wesentlicher Gleichheit .....	181
I.	Probleme einer Rechtfertigung: Die Möglichkeit einer Effizienzrede .....	181
1.	Allgemeine Rechtsprechung und Literatur .....	183
2.	Übertragung auf das Vergaberecht .....	184
a.	Bisherige Stellungnahmen .....	184
b.	Marktgemäße Selbststeuerung statt allgemeiner Wirtschaftslenkung .....	185
c.	Ein „more economic approach“ für die Grundfreiheiten? ..	185
d.	Einschränkungen .....	189
e.	Ergebnis .....	191
II.	Einzelfälle .....	191

1. Vergabe ohne allgemeine Beteiligungsmöglichkeit aufgrund besonderer Umstände .....	191
a. Die in Art. 31 VKR vorgesehenen Rechtfertigungsmöglichkeiten.....	191
b. Die Möglichkeit einer freihändigen Vergabe nach der VOL/A .....	192
c. Beschränkte Ausschreibung ohne Teilnahmewettbewerb nach VOB/A und VOL/A .....	194
2. Ungleichbehandlung bei II-B Dienstleistungen, Dienstleistungskonzessionen, In-House-Vergabe .....	195
a. Keine sekundärrechtlichen Ausschreibungspflichten .....	195
b. Rechtslage in Deutschland .....	196
III. Ergebnis .....	196
 <i>Achtes Kapitel: Chancengleichheit .....</i>	198
§ 1. Allgemeines .....	198
I. Herleitung einer Ungleichbehandlungspflicht .....	199
II. Umsetzung einer Ungleichbehandlungspflicht .....	199
§ 2. Einzelne Beeinträchtigungen der Chancengleichheit .....	200
I. Projektanten .....	200
1. Wesentlicher Unterschied zu anderen Bifern .....	200
a. Unterschiede zu anderen Bifern .....	200
b. Die Rechtsprechung des EuGH .....	202
2. Rechtfertigung einer Gleichbehandlung .....	203
3. Umsetzung einer Pflicht zur Ungleichbehandlung .....	203
a. Möglichkeit einer Ungleichbehandlung .....	203
b. Zeitpunkt einer Ungleichbehandlung .....	204
c. Rechtslage außerhalb des Kartellvergaberechts .....	205
d. Ergebnis .....	205
II. Beihilfeempfänger .....	206
1. Wesentliche Unterschiede und Rechtfertigungsmöglichkeit ..	207
a. Empfänger materiell rechtswidriger Beihilfe .....	209
b. Empfänger formell rechtswidriger Beihilfe .....	209
c. Rechtfertigung einer Gleichbehandlung .....	210
2. Ausschluss besonders niedriger Angebote nach Art. 55	
Abs. 3 VKR .....	211
a. Keine rechtmäßige Gewährung der Beihilfe .....	211
aa. Wortlaut der Vorschrift .....	211
bb. Genese der Vorschrift .....	212
cc. Einräumung einer angemessenen Frist .....	212
dd. Sinn und Zweck des Art. 55 Abs. 3 VKR .....	213
(1) Schutz vor möglichen Rückzahlungsverpflichtungen? .....	213
(2) Chancengleichheit als Zweck .....	215

ee. Problem: Prüfungsmonopol der Kommission? .....	216
ff. Risiko einer Fehlentscheidung .....	217
gg. Überforderung der Vergabestelle .....	217
hh. Zwischenergebnis .....	218
b. Befugnis oder Pflicht zum Ausschluss? .....	219
3. Rechtslage außerhalb der VKR .....	220
<b>III. Chancenasymmetrien ohne staatliches Zutun .....</b>	<b>221</b>
1. Generell: Kein relevanter Chancenvorsprung bei unternehmerisch erarbeiteten Vorteilen .....	221
2. Ausnahme: Wettbewerbswidriges Verhalten .....	223
<b>IV. Zusammenfassung .....</b>	<b>224</b>
 <b>Neuntes Kapitel: Materielle Gleichbehandlung im Vergabeverfahren ....</b>	<b>226</b>
<b>§ 1. Allgemeines .....</b>	<b>226</b>
I. Problemaufriss und Erkenntnisinteresse .....	226
II. Vorgehen .....	228
<b>III. Begriffe .....</b>	<b>228</b>
1. Instrumente zur Differenzierung .....	228
2. Beurteilte Eigenschaften der Bieter .....	229
<b>§ 2. Politisch motivierte Vergabe .....</b>	<b>231</b>
I. Allgemeine Problematik .....	231
1. Begriff der politisch motivierten Auftragsvergabe .....	231
2. Die Perspektive der gemeinschaftsrechtlichen Gleichheitssätze: Der <i>market-economy-purchaser</i> .....	231
a. Betriebswirtschaftlicher Rentabilitätsbegriff .....	232
b. Präferenzneutralität des <i>market-economy-purchaser</i> ? .....	234
c. Zwischenergebnis und Klarstellung .....	235
3. Anknüpfen an unterschiedliche Eigenschaften der Bieter .....	236
a. Gleichheitsrechtliche Restriktionen der Auftraggeber innerhalb der VKR .....	237
b. Gleichheitsrechtliche Restriktionen der Auftraggeber außerhalb der VKR .....	238
II. Produktbezogene Eigenschaften der Bieter als Anknüpfungspunkt .....	239
1. Produktbezogene Eigenschaften als wesentlicher Unterschied .....	239
a. Erst-Recht-Schluss .....	240
b. Wesentlicher Unterschied zwischen den Bietern .....	240
c. Produktbezogene Entscheidungskriterien bei Dienstleistungen .....	241
d. Rechtsprechung des EuGH .....	242
2. Rechtfertigungszwang .....	244

3. Folgen innerhalb und außerhalb der VKR .....	244
III. Bieterbezogene Eigenschaften als Anknüpfungspunkt .....	245
1. Kein wesentlicher Unterschied .....	245
a. <i>Market-economy-purchaser-Test</i> .....	245
b. Rechtsprechung des EuGH .....	245
2. Rechtfertigungzwang .....	247
a. Keine Rechtfertigung bei Diskriminierung aufgrund der Staatsangehörigkeit .....	247
b. Allgemeine Verhältnismäßigkeitssprüfung .....	248
aa. Legitimes Ziel .....	249
bb. Geeignetheit .....	249
(1) Modus der Zielverfolgung .....	250
(2) Tauglichkeit des Modus .....	251
(a) Theoretische Bedenken .....	251
(b) Praktische Bedenken.....	252
(c) Ergebnis .....	254
cc. Erforderlichkeit .....	254
aa. Erforderlichkeit und andere Steuerungsinstrumente.....	255
bb. Absolute Grenzen der Erforderlichkeit .....	257
dd. Angemessenheit bzw. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	257
aa. Vorgehen des EuGH.....	257
bb. Intensität eines Gleichheitseingriffs .....	257
cc. Vergaberechtliche Anwendung .....	259
(1) Standpunkt der Kommission .....	259
(2) Literatur .....	260
(3) Stellungnahme .....	260
(a) Grad der Geeignetheit .....	260
(b) Schwere des Eingriffs .....	261
(c) Schlussfolgerung .....	263
dd. Rechtsprechung des EuGH .....	264
3. Folgen.....	265
a. Im Anwendungsbereich der VKR .....	265
b. Außerhalb des Anwendungsbereichs der VKR .....	265
IV. Modaleigenschaften der Bieter als Anknüpfungspunkt.....	267
1. Kein wesentlicher Unterschied .....	267
a. <i>Market-economy-purchaser-Test</i> .....	267
b. Rechtsprechung des EuGH .....	268
c. Abgrenzung gegenüber produktbezogenen Eigenschaften .....	269
2. Rechtfertigungzwang .....	272
a. Legitimes Ziel .....	272
b. Geeignetheit .....	273
c. Erforderlichkeit .....	274

d. Angemessenheit bzw. Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne .....	275
3. Folgen.....	278
a. Im Anwendungsbereich der VKR.....	278
aa. Eignungskontrolle.....	278
(1) Spielraum des Auftraggebers .....	278
(2) Zusätzliche Anforderungen aus Art. 2 VKR .....	280
bb. Zuschlagskriterien .....	280
(1) Was bedeutet Auftragsbezug? .....	281
(2) Auftragsbezug hinreichend? .....	282
cc. Auftragsbedingungen .....	284
b. Außerhalb des Anwendungsbereichs der VKR .....	285
V. Ergebnis .....	285
§ 3. Übliche Auftragsvergabe .....	286
I. Situation.....	286
II. Wesentliche Unterschiede .....	286
1. Produktbezogene Eigenschaften und Modaleigenschaften ....	286
2. Bieterbezogene Eigenschaften .....	288
3. Ergebnis.....	289
III. Rechtfertigung .....	290
1. Grundfreiheitliche Diskriminierungsverbote.....	290
a. Ortspräsenz als Diskriminierung?.....	290
b. Das Urteil des EuGH in der Rechtssache Insalud .....	291
c. Zwischenergebnis.....	292
2. Allgemeiner Gleichheitssatz und Art. 2 VKR .....	293
IV. Folgen .....	293
§ 4. Sonderproblem: Typisierungen.....	294
I. Ausgangslage .....	294
1. Begriff der Typisierung und Konflikt mit dem Gleichheitsrecht.....	294
2. Typisierung und Vergaberecht .....	295
3. Rechtsprechung des EuGH .....	296
II. Folgerungen .....	298
1. Projektanten.....	300
2. Empfänger formell rechtswidriger Beihilfe.....	301
3. Erfahrung.....	302
III. Ergebnis .....	303
§ 5. Sonderproblem: Teilnehmerwettbewerb und beschränkte Ausschreibung.....	304
I. Rechtslage innerhalb der VKR .....	304
1. Rechtfertigung einer Ungleichbehandlung .....	305
2. Anzulegende Kriterien bei der Beschränkung des Teilnehmerkreises .....	308

3. Zwischenergebnis .....	310
II. Teilnahmewettbewerb und beschränkte Ausschreibung .....	
außerhalb der VKR .....	310
III. Ergebnis .....	311
 <i>Zehntes Kapitel: Transparenz</i> .....	312
§ 1. Allgemeines .....	312
I. Untersuchungsgegenstand .....	312
II. Die Trias der Transparenz in der Rechtsprechung des EuGH ....	313
III. Vorgehen.....	313
IV. Transparenz im Spannungsfeld von mitgliedstaatlicher Verfahrensautonomie und primärrechtlichen Anforderungen ....	314
§ 2. Transparenz als Publizitätsgebot und als Gebot der Nachprüfbarkeit.....	315
I. Transparenz als Publizität .....	315
1. Rechtsquelle .....	315
a. Grundfreiheitliche Diskriminierungsverbote als Rechtsquelle.....	315
b. Publizitätsgebot aus grundfreiheitlichen Beschränkungs- verboten?.....	317
c. Problem der positiven Verpflichtung.....	319
d. Zwischenergebnis.....	320
e. Konsequenz.....	321
2. Informationsdichte .....	322
a. Relational gebundene Publizitätspflichten: Großer Spielraum für die Verwaltung .....	322
b. Rechtsprechung des EuGH .....	323
c. Gegenposition: Absolutes Informationsniveau .....	325
3. Medium für die Herstellung der Transparenz.....	326
a. Initiative des Auftraggebers .....	326
b. Arten von Medien.....	327
c. Reichweite des Mediums .....	328
4. Weitere Vorgaben für den Ablauf des Verfahrens.....	329
5. Ergebnis.....	330
II. Transparenz als Nachprüfbarkeit.....	330
1. Nachprüfbarkeit und Gleichheitsrechte .....	330
2. Notwendiges behördliches Handeln zur Nachprüfung der Unparteilichkeit .....	332
a. Begriff der Unparteilichkeit .....	332
b. Notwendiges Handeln der Behörde .....	334
aa. Einblick in die Entscheidungskriterien und deren Anwendung ...	334
bb. Zeitpunkt zur Festlegung der Entscheidungskriterien .....	335

cc. Präzision der Entscheidungskriterien.....	337
dd. Medium der Festlegung.....	338
ee. Sonderproblem: Vorabinformation bei Zuschlag.....	338
3. Ergebnis.....	339
III. Zusammenfassung.....	339
 Kurze Zusammenfassung, Schlussbemerkungen und Ausblick.....	341
 Literaturverzeichnis.....	345
 Sachverzeichnis.....	359